

# Presse dienst

**2 Von Lausanne nach Zürich:  
Verschiebungen rechts und  
links der schwindenden  
Mitte in der Schweizer  
Politik.**

*Von Peter Bodenmann, Nationalrat,  
Präsident der SP Schweiz*

**3 3 Fragen an Akiko Ries**  
*zuständig für Umwelt und Ökonomie  
beim WWF Schweiz*

**4 Zwangsjacke und Hysterie**  
*Von Nils de Dardel, Nationalrat, Genf*

**5 Die Alpeninitiative als  
Katalysator der europäi-  
schen Demokratie- und  
Verfassungsdebatte**  
*Von Andreas Gross, Nationalrat,  
Zürich*

**6 Umweltabgaben vor dem  
Durchbruch**

*Von Ruedi Meier,  
Ökonom und Raumplaner, Bern*

**8 Wirtschafts-Dok. Nr. 6**

**10 Aktuelles**

**11 aus den Kantonen**

**13 Splitter**

**14 Communiqués**

**15 Vermischtes**

*Bitte nicht  
zu viel!*

**Nr. 382**

BERN, 11.3.1994

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ

ZENTRALSEKRETARIAT, POSTFACH, 3001 BERN

TELEFON: 031 / 311 07 44

FAX: 031 / 311 54 14



## Umweltabgaben vor dem Durchbruch

Ruedi Meier, Ökonom und Raumplaner, Bern

Vor drei Jahren hat die SP Schweiz sozial- und wirtschaftsverträgliche sowie staatsquotenneutrale Umweltabgaben propagiert.<sup>1)</sup> Demnächst soll nun eine VOC-Abgabe eingeführt werden und endlich soll auch eine kombinierte CO<sub>2</sub>-/Energieabgabe in die Vernehmlassung geschickt werden. Die dabei anfallenden Einnahmen von über einer Milliarde Franken sollten an die Bevölkerung und die Wirtschaft staatsquotenneutral zurückerstattet werden. Eine Finanzierung der Arbeitslosenversicherung ist hingegen abzulehnen.

### Durchbruch für Umweltabgaben

Die von einer Ständeratskommission beschlossene VOC-Abgabe darf als echten Durchbruch bezeichnet werden: Je Kilogramm flüchtige organische Verbindung (VOC) können maximal fünf Franken erhoben werden. Die Einnahmen von höchstens 300 Millionen Franken sollen gleichmässig an die Bevölkerung verteilt werden. Das Umweltanliegen „Abbau des Ozon“ — und nicht finanzpolitische Überlegungen — ist zurecht klar in den Vordergrund gerückt worden. Vor allem auch von seiten der Wirtschaft geniesst diese Lösung inzwischen eine hohe Akzeptanz.

### CO<sub>2</sub>-/Energieabgabe als weiterer Schritt

**6** Eine kombinierte CO<sub>2</sub>-/Energieabgabe sollte alle fossilen Energieträger einbeziehen. Insbesondere sind die Treibstoffe einzuschliessen, da inzwischen auch offizielle Zahlen bestätigen, dass — vor allem der motorisierte Individualverkehr — externe Kosten von mehreren Milliarden Franken aufweist. Mit den jüngst beschlossenen

Verkehrsabgaben (Autobahnvignette, Schwerverkehrsabgabe) werden diese bei weitem noch nicht erfasst. Abgaben auf der Elektrizität berücksichtigen die Risiken bei der Produktion (Kernenergie) und die Landschaftsbelastungen (Wasserkraft). Mit einer kombinierten CO<sub>2</sub>-/Energieabgabe wird kein Energieträger bevorzugt behandelt. Fragwürdige Wettbewerbsvorteile werden verhindert. Ebenfalls wird den Bemühungen im Rahmen der Europäischen Union Rechnung getragen.

### Wohin mit dem Geld?

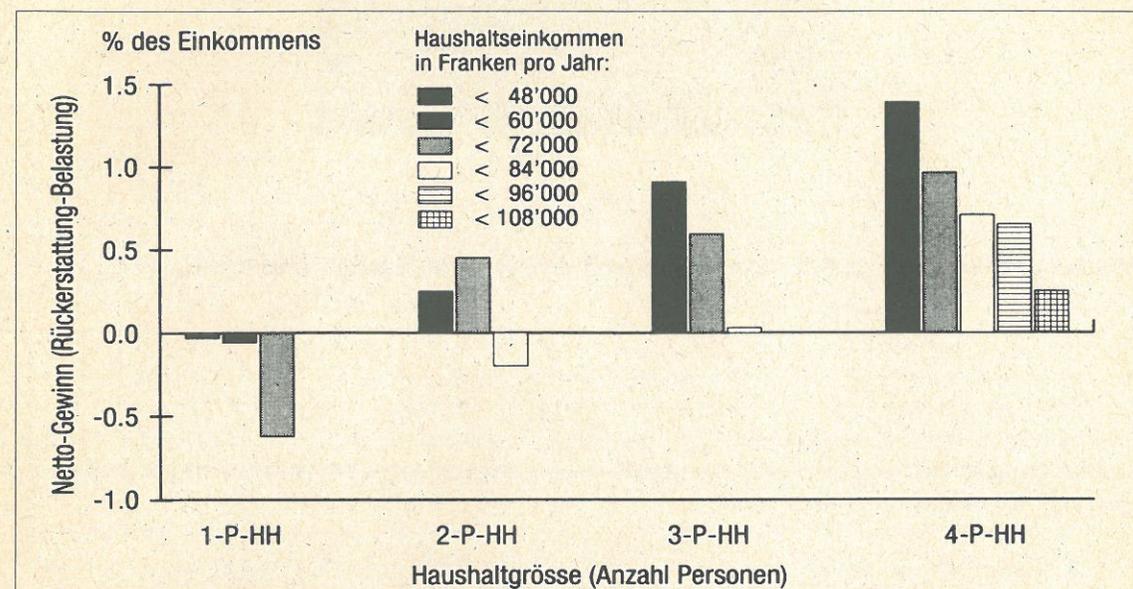
Eine kombinierte CO<sub>2</sub>-/Energieabgabe wird — je nach Variante — Einnahmen von 1 bis 1,5 Milliarden Franken nach sich ziehen. Damit könnte ein Teil der jährlichen Bundesdefizite gedeckt werden. Allerdings wäre dies höchst unsozial, da die unteren Einkommenschichten mit einer CO<sub>2</sub>-/Energieabgabe weit stärker zur Sanierung der Bundeskasse beitragen müssten. Aber auch die Wirtschaft würde in einer schwierigen Zeiten mehr belastet. Nur mit einer vollen Rückerstattung der Einnahmen aus den Umweltabgaben können diese negativen Effekte verhindert werden:

■ Ein Bonus pro Kopf der Bevölkerung stellt sicher, dass die unteren Einkommenschichten nicht schlechter gestellt werden. Die prozentual höhere Belastung der tiefen Einkommenschichten aufgrund der Umweltabgaben wird mit der Rückerstattung kompensiert (vergleiche dazu nebenstehende Grafik).

■ Der Wirtschaft werden unter dem Strich keine Mittel entzogen. Die höheren Energiepreise führen zu umweltschonenden Prozess- und Produkteinnovationen. Kurz- und mittelfristig entstehen gegenüber der ausländischen Konkurrenz gewichtige Marktvorteile, was sich auch positiv auf die Bundeskasse auswirkt.

■ Hinzu kommt, dass mit Umweltabgaben der öffentli-

<sup>1)</sup> Meier, R., Walter F.: Umweltabgaben für die Schweiz. Chur/Zürich 1991, Rüegger Verlag



### Netto-Gewinn (Rückerstattung-Belastungen)

Die Berechnungen beruhen auf einer Benzinpreiserhöhung von einem Franken. Die Einnahmen von ca. 5 Milliarden Franken werden gleichmässig an die Bevölkerung rückerstattet. In einer Bilanz zeigt sich, dass die höheren Belastungen der unteren Einkommenschichten mit einer vollen Rückerstattung pro Kopf kompensiert werden. Unter dem Strich werden die unteren Einkommen sogar leicht besser gestellt. Quelle: Ruedi Meier, Umweltgerechte Verkehrsabgaben, Verlag Rüegger, Chur/Zürich 1993.

che Verkehr relativ besser gestellt wird. Diese gestärkte Wettbewerbsposition ermöglicht zusätzlich, die Bundeskasse — zumindest teilweise — verursachergerecht zu sanieren.

### Finanzierung der Arbeitslosenkasse?

Die Grüne Partei möchte mit den Einnahmen einer CO<sub>2</sub>-Abgabe die Löcher bei der Arbeitslosenkasse stopfen. Energie statt Arbeit besteuern, heisst ihr Slogan, der auf den ersten Blick durchaus etwas bestechendes hat:

Seit 1950 haben sich die Energiepreise rund verdreifacht. Die Löhne sind in der gleichen Zeit um das Neunfache gestiegen. Die Arbeit würde durch Energie laufend substituiert. Und: Die Arbeitskosten sollten reduziert werden, um mehr Leute zu beschäftigen.

Nur, damit wird eine falsche Diagnose gestellt: Die schweizerischen Löhne sind — gemessen mit der Arbeitsproduktivität als relevante Vergleichsbasis im internationalen Vergleich — insgesamt nicht zu hoch. Andernfalls wären die hohen Zunahmen im Export in den letzten Jahren (1990 bis 1993 mehr als 8%) nicht möglich gewesen. Der Beschäftigungseinbruch in der Schweiz ist nicht auf ein generell zu hohes Lohnniveau sondern auf eine fehlende Binnennachfrage, verkrustete Marktstrukturen und mangelnde Innovationskraft zurückzuführen. Der Slogan der Grünen führt somit auf eine eher problematische wirtschaftspolitische Spur: Es ist falsch die Energiekosten gegen die Arbeitskosten

auszuspielen. Vielmehr ist dafür zu sorgen, dass die Energiedienstleistungen effizienter erbracht werden. Dies geschieht am ehesten, wenn die Kaufkraft der Konsumenten sowie die Wettbewerbskraft der Wirtschaft gestärkt werden und die zukunftsgerichteten Energiepreiserhöhungen mit mehr Know how pariert werden. Der Schlüssel einer fortschrittlichen Umwelt- und Beschäftigungspolitik bei einem intelligenteren Einsatz der Energie und bei leistungsfähigen Wirtschaftsstrukturen, die gleichzeitig umweltverträglich sind.

### Fragwürdige Koppelung

Die Finanzierung der Arbeitslosenkasse ist aber auch auf einer konkreteren Ebene fragwürdig: Es ist kaum sinnvoll, bei jedem neuen Finanzierungsanliegen Umweltabgaben beizuziehen. Umweltabgaben sind vielmehr unabhängig von den Finanzbedürfnissen, aber im Einklang mit den Umweltinteressen festzulegen. Es ist zu hoffen, dass die Arbeitslosenkasse in einigen Jahren nicht mehr so viel Geld braucht. Sollen die Umweltabgaben dann gesenkt werden, obwohl weitere Emissionen abzubauen sind? Die Koppelung der Mittelverwendung mit der Arbeitslosenkasse kann zudem doppelte politische Gegnerschaft hervorrufen. Deshalb ist vielmehr ein relativ unabhängiges System der Mittelverwendung zu schaffen, das sowohl sozial- als auch wirtschaftsverträglich ist.